

«Freiheitsindex 2023»: Nur die Grünen-Anhänger fühlen sich so richtig frei

In Deutschland nimmt das Gefühl zu, man sollte in der Öffentlichkeit lieber nicht allzu deutlich seine Meinung sagen. Besonders nicht, wenn man konservative Ansichten hat.

Susanne Gaschke, Berlin
20.12.2023, 05.30 Uhr

Deutschland ist ein freies Land, in dem selbstverständlich jeder seine Meinung sagen darf – ohne, wie etwa in Russland oder in der Türkei, mit staatlichen Repressionen rechnen zu müssen.

Offenbar gibt es aber in der deutschen Bevölkerung ein wachsendes subjektives Empfinden von Unfreiheit und eine Furcht vor sozialer Ächtung, die man inzwischen dramatisch nennen muss. Der «Freiheitsindex Deutschland 2023», erhoben vom Institut für Demoskopie Allensbach und vom Schweizer Unternehmen MediaTenor, misst in diesem Jahr das schlechteste Meinungsklima seit Beginn der Aufzeichnungen. Gestern wurde er in Berlin vorgestellt.

Während 1990 noch 78 Prozent der Befragten der Aussage zustimmten, dass man in Deutschland frei reden könne, sind es 2023 nur noch 40 Prozent. Hingegen sind 44 Prozent überzeugt, dass es besser sei, sich in der Öffentlichkeit nur vorsichtig zu äussern.

Das Unbehagen am herrschenden Meinungsklima

Der Index differenziert nach Altersgruppen und Bildung, nach Parteipräferenz und nach Ost- und Westdeutschland. Überwiegend frei fühlen sich nur die unter 30-Jährigen, die Akademiker und – zu 75 Prozent – die Anhänger der Grünen. [Die Anhänger aller anderen Parteien glauben mehrheitlich, es sei besser, sich bei Meinungsäusserungen zurückzuhalten.](#)

Das heisst: Wer älter ist, möglicherweise nicht studiert hat, zu konservativen oder traditionell sozialdemokratischen Überzeugungen neigt und in Ostdeutschland wohnt, fühlt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit im herrschenden Meinungsklima unwohl.

Stimmten noch 2019 50 Prozent der Befragten der Aussage «Ich spreche so, wie ich möchte, und lasse mir dabei nichts vorschreiben» zu, so sind es 2023 nur noch 33 Prozent. Gleichzeitig ist der Wunsch nach «Freiheit» so stark ausgeprägt wie nie, während die Sehnsucht nach «Gleichheit» in für Deutschland ganz untypischer Weise schwindet.

Bevormundung durch den öffentlichrechtlichen Rundfunk

Für diese Entwicklung muss es Gründe geben – sie kann nicht allein darauf beruhen, dass einige grün fühlende Klima-Enkelkinder ihre [Verbrennerautos fahrenden](#) Grossväter anfeinden. Der «Freiheitsindex» findet starke Argumente dafür, dass ein Zusammenhang zwischen der Haltung der Medien und dem Freiheitsgefühl der Bevölkerung besteht.

Der Stellenwert der Freiheit in der Berichterstattung ist nach den Auswertungen von Media-Tenor im vergangenen Jahr stark gesunken – und die Bürger reagieren darauf einerseits mit grösserem Freiheitsverlangen, andererseits mit grösserer Vorsicht bei dem, was sie sagen.

Betrachtet man die Mediennutzung der Bevölkerung, dann fällt auf, dass sich 72 Prozent der Deutschen über politische Themen immer noch aus dem öffentlichrechtlichen Fernsehen informieren. Das öffentlichrechtliche Rundfunksystem liegt damit weit vor allen sogenannten «neuen Medien». [Es ist also naheliegend, dass es unter anderem die Sendungen der Öffentlichrechtlichen sind, die als bevormundend wahrgenommen werden.](#)

Keine Verschwörung, aber vorseilender Gehorsam

Der «Freiheitsindex» liefert keine Themenanalyse, aber wer Nachrichten, politische Sendungen und manche Talkshows zur Kenntnis nimmt, kann zumindest den Eindruck gewinnen, dass es bei Themen wie den Corona-Massnahmen, [beim Klimaschutz](#), [bei der Migration](#) oder beim Gendern eine stark vorherrschende Tendenz der Berichterstattung gab und gibt.

In diesem Zusammenhang wird am Stammtisch oft die Vermutung geäussert, die Medien seien wahlweise von der Christlichdemokratin Angela Merkel oder auch von der gegenwärtig regierenden Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP «gleichgeschaltet» worden. Diese Vermutung darf getrost ins Reich der Verschwörungstheorien verwiesen werden. Was man hingegen nicht unterschätzen sollte, ist der vorseilende, «politisch korrekte» Gehorsam von Karrierejournalisten in den öffentlichrechtlichen Sendeanstalten.

Die Bevölkerung ist in ihrer Freiheitssehnsucht allerdings selbst widersprüchlich. Die Quote derjenigen, die finden, der Staat solle Mietobergrenzen festlegen, liegt bei 64 Prozent. Dass der Staat ganz allgemein die Preise kontrollieren solle, finden 34 Prozent, nur 38 Prozent wären dagegen, dass er das täte.

Die durchaus bevormundende Politik der Ära Merkel und die auf Empfänger staatlicher Leistungen ausgerichtete Politik der Ampelregierung scheint ebenso Wirkung auf die Bürger zu haben wie ihr öffentlichrechtliches Fernsehen.